

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Frau Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE	entschuldigt
----------------------	------------	--------------

Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	entschuldigt
-----------------------	-----------------	--------------

Gäste:

Herr Jörn-Michael Westphal	Pro Potsdam GmbH
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Frau Elke Kolesnyk	Bereich Umwelt und Natur
Herr Sebastian Anderka	Bereich Gesamtstädtische Planung
Herr Robert Pfeiffer	Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
Frau Katrin Hayn	Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
18.10.2022
- 3 Wahl einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Konzeptvergabe für die Sellostraße 20 und 21
Vorlage: 22/SVV/0838
Fraktion DIE LINKE
- Rücküberweisung -
- 5.2 Vereinbarung zur Sicherung bezahlbarer Mieten, Wohnraumversorgung durch
Neubau und Klimaschutz bei der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 22/SVV/1019
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 5.3 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 22/SVV/0418
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- Wiedervorlage –

- 5.4 Verbesserter Lärmschutz entlang der A115
Vorlage: 22/SVV/0813
Fraktion Freie Demokraten
- Wiedervorlage -
- 5.5 Mental Health Care für Kinder und Jugendliche stärken
Vorlage: 22/SVV/0567
Fraktion Freie Demokraten
- 5.6 Finanzielle Unterstützung der Tafel und Suppenküche und Ausbau der Schuldnerberatung und Allgemeinen Sozialen Beratung
Vorlage: 22/SVV/1030
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- Vorabberatung -
- 5.7 Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche
Vorlage: 22/SVV/0361
Fraktion SPD
- Wiedervorlage -
- 5.8 Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer Tafel und Suppenküche
Vorlage: 22/SVV/0363
Fraktionen SPD
- Wiedervorlage -
- 5.9 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!
Vorlage: 22/SVV/0737
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 5.10 Initiative des Bundespräsidenten unterstützen – Wohnungslosigkeit verhindern
Vorlage: 22/SVV/0824
Fraktion SPD
- Wiedervorlage -
- 5.11 Faire und gleiche Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"
Vorlage: 22/SVV/0980
Fraktion DIE aNDERE
- 5.12 Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für sozial- und gesundheitsfördernde Maßnahmen in der LHP ab 2024
Vorlage: 22/SVV/1058
Oberbürgermeister, Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
- Vorabberatung -
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 18.10.2022**

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler informiert, dass der Tagesordnungspunkt 3 „Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden“ entfällt. Des Weiteren schlägt er folgende Änderungen in der Reihenfolge der Beratung vor:

Als erster Tagesordnungspunkt wird TOP 5.4 aufgerufen, da Frau Kolesnyk im Anschluss die Drucksache im SBWL-Ausschuss vertreten muss. Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 sollen erst aufgerufen werden, wenn Herr Jekel anwesend ist. Tagesordnungspunkt 5.3 soll erst aufrufen werden, wenn Herr Anderka anwesend ist.

Anschließend bittet er um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit einstimmig **bestätigt**.

Anschließend stellt Herr Adler die Niederschrift zur Sitzung vom 18.10.2022 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird 5 Zustimmungen und 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Wahl einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

zu 4 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion

Der Bericht des Migrantenbeirates liegt schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Der Bericht des Seniorenbeirates liegt ebenfalls schriftlich vor und wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Denninger bittet darum, in der nächsten Sitzung des GSWI-Ausschusses einen Bericht über ihre Arbeit geben zu dürfen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Konzeptvergabe für die Sellostraße 20 und 21

Vorlage: 22/SVV/0838

Fraktion DIE LINKE

- Rücküberweisung -

Frau Vandre informiert, dass der vorliegende Antrag zurückgezogen wird. Herr Adler bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Zustimmungen **angenommen**.

zu 5.2 Vereinbarung zur Sicherung bezahlbarer Mieten, Wohnraumversorgung durch Neubau und Klimaschutz bei der ProPotsdam GmbH

Vorlage: 22/SVV/1019

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Herr Westphal (Pro Potsdam GmbH) stellt anhand einer Präsentation die Eckpunkte des Aktionsplans vor.

Herr Brödnö bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein und begründet diesen. Er bittet darum, dass über die 3 Punkte des Änderungsantrages getrennt abgestimmt wird.

Herr Westphal beantwortet Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder. Er stellt klar, dass die aktive Mitarbeit der Mieterinnen und Mieter benötigt wird. Er macht auch deutlich, dass die ProPotsdam hier bereits auf die Mieter zugeht.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) bietet an, das Prozedere im Umgang mit drohenden Räumungen in einer Sitzung des GSWI-Ausschusses darzustellen. Dieses Angebot wird angenommen.

Es erfolgt eine kontroverse Diskussion zur Drucksache.

Herr Adler bittet zunächst um Abstimmung darüber, dass die drei Punkte des Änderungsantrages einzeln zur Abstimmung gestellt werden sollen.

Abstimmungsergebnis zu 1:

Mit 2 Zustimmungen, 3 Ablehnungen und 3 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Anschließend bittet Herr Adler um Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE.

Änderungsantrag Fraktion DIE aNDERE:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. Sicherung bezahlbarer Mieten und Mieterschutz

- a) Mietenmoratorium: keine Mieterhöhungen bis zum ~~31.10.2023~~ **31.10.2024**
- b) Keine Räumungen wegen Mietrückständen durch hohe Wärmepreise ~~bis zum 30.06.2024~~
- c) Im Anschluss an das Mietenmoratorium Kappung von Mieterhöhungen auf insgesamt ~~maximal 10 Prozent in drei Jahren bei Kappung von Mieterhöhungen auf maximal 5 Prozent je Mieterhöhung~~ **maximal 1% in 5 Jahren**

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 6 Ablehnungen **abgelehnt**.

Herr Adler stellt den Änderungsvorschlag des Finanzausschusses zur Abstimmung.

Änderungen des Finanzausschusses:

1. Wohnungsneubau und Sicherung öffentlicher kritischer Infrastruktur
 - a) Fortführung des Wohnungsneubauprogramms von 2.500 Wohnungen bis 2027
 - b) Unentgeltliche Übertragung städtischer Grundstücke an die ProPotsdam zum Zweck der Schaffung von Sozialwohnungen oder von Wohnraum für Geflüchtete

- c) Mitwirkung am Aufbau eines aktiven kommunalen Liegenschaftsmanagements
- d) Zweckbestimmte Umwidmung der auf der Grundlage des LOI zur Schulentwicklungsplanung gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Flächenankäufen, die prioritär zur Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet werden; ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**
- e) Beteiligung der ProPotsdam an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur; (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark) ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**
- f) Zu d) und e) erfolgt eine gesonderte Abstimmung zwischen PP und LHP
- g) Bereitstellung von jährlich durchschnittlich 600, d.h. bis zum 31.12.2027 insgesamt 3.000 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen oder zur Anmietung für soziale Zwecke durch die Landeshauptstadt Potsdam.
- h) Vereinbarung von Kontingenten zur Vermietung an Beschäftigte in kommunalen Unternehmen wie z.B. Krankenpflegerinnen und -pfleger, Feuerwehrleute und Beschäftigte der Stadtwerke
- i) Verzicht der LHP auf Gewinnausschüttung für die Laufzeit der Vereinbarung. Eine Überprüfung erfolgt nach 2 Jahren

Hinweis: Auch die Vereinbarung wurde unter (2) d und e angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Mit 3 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 3 Stimmenthaltungen **angenommen.**

Abschließend bittet Herr Adler um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Anlage beigefügte Vereinbarung mit der ProPotsdam GmbH mit folgenden Inhalten abzuschließen:

2. Sicherung bezahlbarer Mieten und Mieterschutz

- a) Mietenmoratorium: keine Mieterhöhungen bis zum 31.10.2023
- b) Keine Räumungen wegen Mietrückständen durch hohe Wärmepreise bis zum 30.06.2024
- c) Im Anschluss an das Mietenmoratorium Kappung von Mieterhöhungen auf insgesamt maximal 10 Prozent in drei Jahren bei Kappung von Mieterhöhungen auf maximal 5

- Prozent je Mieterhöhung
 - d) Fortsetzung und Ausweitung der Bonusprogramme der ProPotsdam
 - e) Beteiligung am Potsdam Bonus nach Implementierung durch die Landeshauptstadt Potsdam
 - f) Bereitstellung von Angebotskontingenten zur Vermietung an Berufsgruppen der Daseinsvorsorge
3. Wohnungsneubau und Sicherung öffentlicher kritischer Infrastruktur
- a) Fortführung des Wohnungsneubauprogramms von 2.500 Wohnungen bis 2027
 - b) Unentgeltliche Übertragung städtischer Grundstücke an die ProPotsdam zum Zweck der Schaffung von Sozialwohnungen oder von Wohnraum für Geflüchtete
 - c) Mitwirkung am Aufbau eines aktiven kommunalen Liegenschaftsmanagements
 - d) Zweckbestimmte Umwidmung der auf der Grundlage des LOI zur Schulentwicklungsplanung gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Flächenankäufen, die prioritär zur Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet werden; ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**
 - e) Beteiligung der ProPotsdam an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur; (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark) ~~soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist~~ **dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.**
 - f) Zu d) und e) erfolgt eine gesonderte Abstimmung zwischen PP und LHP
 - g) Bereitstellung von jährlich durchschnittlich 600, d.h. bis zum 31.12.2027 insgesamt 3.000 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen oder zur Anmietung für soziale Zwecke durch die Landeshauptstadt Potsdam.
 - h) Vereinbarung von Kontingenten zur Vermietung an Beschäftigte in kommunalen Unternehmen wie z.B. Krankenpflegerinnen und -pfleger, Feuerwehrleute und Beschäftigte der Stadtwerke
 - i) Verzicht der LHP auf Gewinnausschüttung für die Laufzeit der Vereinbarung. Eine Überprüfung erfolgt nach 2 Jahren
4. Energieversorgung, Klimaschutz und Klimaanpassung
- a) Zusammenarbeit im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung, z.B. bei der Erarbeitung und Umsetzung integrierter Konzepte zur behutsamen und nachhaltigen Quartiersentwicklung
 - b) Sicherung einer sozialverträglichen Sanierung zur Vermeidung von Verdrängung auf Grundlage eines Konzepts für Durchmischung und Vielfalt im Projekt

- „Schlaatz 2030“
- c) Dezentraler und öffentlich geförderter Ausbau erneuerbarer Energien an und auf Wohngebäuden
 - d) Unentgeltliche Übertragung von Rand- und Splitterflächen an die ProPotsdam und Wohnungsgenossenschaften zur Aktivierung von innerstädtischen Potenzialen für sozialen, öffentlich geförderten bzw. genossenschaftlichen Wohnungsbau

Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2027.

+ Anpassung der Vereinbarung unter (2) d und e.

Abstimmungsergebnis:

Mit 4 Zustimmungen und 4 Stimmenthaltungen angenommen.

zu 5.3 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe

Vorlage: 22/SVV/0418

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

- Wiedervorlage -

Frau Vandre begründet die Änderungsanträge der Fraktion Sozial.DIE LINKE. Die Änderungsanträge 2 bis 4 sollen bei der Erarbeitung des Konzeptvergabeverfahrens durch die Verwaltung berücksichtigt werden. Sie gehen zu Protokoll und werden zurückgezogen. Damit sind diese erledigt. Sie bittet darum, dass zum 5. Änderungsantrag der Einzelsatz „Eine Weiterveräußerungen zuvor städtischer Grundstücke wird ausgeschlossen“ gesondert abgestimmt wird.

Es erfolgt eine kontroverse Diskussion zur Drucksache und den vorliegenden Änderungsanträgen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Anderka, dass Konzeptvergaben zulässig sind.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler zunächst den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE

Auf Seite 3 von 8 der beiliegenden Leitlinie ist eine Umformulierung des 2. Punktes wie folgt vorzunehmen:

2. Ein Verkauf an Genossenschaften kann erfolgen, wenn diese eine geeignete Entwicklung dieser Flächen ermöglichen können.

Analog wird dieser Prüfschritt auch für Flächen in Nachbarschaft des Studentenwerkes angewandt.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 2 Ablehnungen angenommen.

Frau Vandre beantragt die Abstimmung über die Herauslösung des Satzes „Eine Weiterveräußerungen zuvor städtischer Grundstücke wird ausgeschlossen“ im Änderungsantrag der Fraktion Sozial.DIE LINKE, Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe – Anlage 1.

Herr Adler stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 4 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Anschließend stellt Herr Adler den Änderungsantrag der Fraktion Sozial.DIE LINKE,
Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe – Anlage 1, zur Abstimmung.

**Änderungsantrag Fraktion Sozial.DIE LINKE:
Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe – Anlage 1****Abstimmungsergebnis:**

Mit 2 Zustimmungen, 6 Ablehnungen **abgelehnt**.

Herr Adler stellt die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die bestehende „Leitlinie Grundstücksverkäufe“ (11/SVV/0889) wird ergänzt um Regelungen (gemäß Anlage 1) für städtische Grundstücke, die für den Geschosswohnungsbau geeignet bzw. mit Mehrfamilienhäusern bebaut sind. Diese ergänzenden Regelungen finden bei der Grundstücksübertragung und -veräußerung sowie der Erbbaurechtsbestellung der LHP Anwendung.
2. Die Ergänzung der Leitlinie ersetzt den Beschluss „Kein Verkauf ohne Bindungen“ (13/SVV/0495), das Konzept „Grundstücksverkäufe für Geschosswohnungsbau an Investoren“ (15/SVV/0080) sowie die „Erbbaurechtsprüfung“ bei der Verkaufsplanung gemäß Mitteilungsvorlage 18/SVV/0169.
3. Die Ergänzung der Leitlinie Grundstücksverkäufe wird in ihrer Anwendung regelmäßig überprüft und, falls erforderlich, angepasst.

Mit folgender Änderung:

Auf Seite 3 von 8 der beiliegenden Leitlinie ist eine Umformulierung des 2. Punktes wie folgt vorzunehmen:

2. Ein Verkauf an Genossenschaften kann erfolgen, wenn diese eine geeignete Entwicklung dieser Flächen ermöglichen können.

Analog wird dieser Prüfschritt auch für Flächen in Nachbarschaft des Studentenwerkes angewandt.

Abstimmungsergebnis:

Mit 4 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 2 Stimmenthaltungen **angenommen**.

zu 5.4 Verbesserter Lärmschutz entlang der A115**Vorlage: 22/SVV/0813**

Fraktion Freie Demokraten

- Wiedervorlage -

Herr Seefeldt bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Kolesnyk (Bereich Umwelt und Natur) teilt mit, dass die Ausschreibung für die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes vorbereitet wird. Der Lärmaktionsplan muss bis Mitte 2024 vorliegen und soll durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Sie verweist auf das Votum des Ausschusses für Klima,

Umwelt und Mobilität vom 24.11.2022.

Herr Fröhlich regt an, sich dem Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität anschließen. Herr Seefeld stimmt dem zu und übernimmt die Änderungen.

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Herr Adler zunächst um Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Beschlusstext wird nach dem 1. Halbsatz um folgende Einfügung ergänzt: „sich an den Bundesverkehrsminister zu wenden mit dem Ziel“

Abstimmungsergebnis:

Mit 2 Zustimmungen, 5 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Anschließend stellt Herr Adler die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, geeignete Maßnahmen seitens der Landeshauptstadt Potsdam zur Reduzierung des emittierten Lärms entlang der A115 für die Wohngebiete Drewitz, Stern und Kirchsteigfeld sowie die Finanzierung der dafür anfallenden Kosten zu ermitteln.

Das Ergebnis der Prüfung soll der Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q1 2023 im Rahmen der Fortschreibung der Lärmaktionsplanung vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen**.

zu 5.5 Mental Health Care für Kinder und Jugendliche stärken

Vorlage: 22/SVV/0567

Fraktion Freie Demokraten

Herr Seefeldt bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Hayn (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Sie macht dabei deutlich, dass der Bedarf sehr hoch ist. Derzeit erfolgt die Auftragsklärung zur Durchführung eines Fachgesprächs zum Thema Mental Health für Kinder und Jugendliche. Dazu soll dann dem Jugendhilfeausschuss Bericht erstattet werden.

Herr Pfeiffer (Fachbereich Bildung, Jugend und Sport) ergänzt, dass der Jugendhilfeausschuss den Prüfauftrag durchaus so erkannt hat. Es wird ein gemeinsamer Workshop zwischen den Geschäftsbereichen 2 und 3 durchgeführt. Unmittelbar nach dem Workshop werden die Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Es sind aber auch Dinge auf Landesebene voranzubringen.

Herr Fröhlich schlägt vor, der Fassung des Jugendhilfeausschusses zu folgen, da dieser die Federführung hat.

Herr Teuteberg bittet um Abstimmung über die Fassung des Jugendhilfeausschusses.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die Drucksache in Fassung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Eine Offensive für Mental Health Care sowie der Ausbau für ausreichend Anlaufstellen ist dringend erforderlich. Daher beauftragen wir den Oberbürgermeister folgende Punkte zu prüfen:

1.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten für die Kommune bestehen den schulsozial- und psychologischen Dienst zu erweitern. Hierbei sollen insbesondere die Bedarfe von minderjährigen Flüchtlingen berücksichtigt werden. Dem Jugendhilfeausschuss ist unmittelbar nach dem Workshop vom Geschäftsbereich 2 und 3 „psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche“ inklusive der finanziellen Auswirkungen zu berichten.

~~1.) Den weiteren Ausbau von Stellen für Schulpsychologen, hierbei soll zusätzlich geprüft werden, ob geflüchtete ukrainische Psychologen die Möglichkeit bekommen können, an Schulen und weiteren Jugendeinrichtungen tätig zu werden.~~

~~2.) Ob in Potsdam in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeuten sowie die Anzahl der Terminservicestellen für die Vermittlung von Psychotherapieplätzen erhöht werden kann.~~

~~3.) Wie hierbei auch externe Träger (Dienstleister der Stadt) eingebunden werden können und eventuelle „Springer“ mit der Qualifikation als Sozialpädagoge, an den Schulen situations- und standortbedingt einzusetzen möglich ist.~~

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 5.6 Finanzielle Unterstützung der Tafel und Suppenküche und Ausbau der Schuldnerberatung und Allgemeinen Sozialen Beratung

Vorlage: 22/SVV/1030

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

- Vorabberatung -

Frau Kitzmann bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Anschließend beantwortet sie Nachfragen von Seiten der Ausschussmitglieder.

Frau Vandre bittet darum, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen den Trägern dem GSWI-Ausschuss vorgestellt wird, sobald diese vorliegt. Sie kündigt an, dass dann die Drucksachen 22/SVV/0361“ Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche“ (TOP 5.7) und 22/SVV/0363

„Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer Tafel und Suppenküche“ (TOP 5.8) durch Verwaltungshandeln erledigt sind.

Frau Dr. Zalfen bestätigt die Erledigung der beiden genannten Drucksachen und bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein:

Zugleich ist zu prüfen, ob der jetzige Standort der Tafel den wachsenden Kapazitäten genügt und ggf. mit der Tafel nach Alternativen zu suchen.

Herr Adler bittet zunächst um Abstimmung über den Ergänzungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen.**

Anschließend stellt Herr Adler die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die finanzielle Unterstützung der Tafel Potsdam e. V. und der mit ihr kooperierenden Suppenküche der Volkssolidarität sowie die Erweiterung des Angebotes zur Schuldnerberatung und zur Allgemeinen Sozialen Beratung aufgrund des zu erwartenden steigenden Kundenaufkommens in der Gas- und Inflationskrise.

Zugleich ist zu prüfen, ob der jetzige Standort der Tafel den wachsenden Kapazitäten genügt und ggf. mit der Tafel nach Alternativen zu suchen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen.**

zu 5.7 Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche

Vorlage: 22/SVV/0361

Fraktion SPD

- Wiedervorlage -

Von Seiten der Ausschussmitglieder wird die Erledigung des Antrages festgestellt.

Herr Adler bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen.**

zu 5.8 Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer Tafel und Suppenküche

Vorlage: 22/SVV/0363

Fraktionen SPD

- Wiedervorlage -

Von Seiten der Ausschussmitglieder wird die Erledigung des Antrages festgestellt.

Herr Adler bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen.**

zu 5.9 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!

Vorlage: 22/SVV/0737

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Frau Vandre bringt die neue Fassung des Antrages ein.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) bietet an, die vorbereitete Präsentation als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen und in der heutigen Sitzung darauf zu verzichten. Er geht auf die einzelnen Punkte der neuen Fassung des Antrages ein und erklärt, dass der Antrag die Verwaltung vor enorme Herausforderungen stellt.

Frau Meier ergänzt, dass die ersten Mitarbeitenden für die Umsetzung des Wohngeldes eingestellt sind und auch schon geschult werden. Ab dem 01.01.2023 wird das Bürgergeld eingeführt. Auch hierzu laufen die Vorbereitungen. So wurden zum Beispiel Beratungsstellen aufgestockt sowie die Bürger- und Begegnungshäuser, die ProPotsdam und der Arbeitskreis Stadtpuren ertüchtigt, um Beratungen durchführen zu können.

Herr Eichert beantragt die **Feststellung der Erledigung des Antrages**.

Herr Adler bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen 2 Ablehnungen angenommen.

zu 5.10 Initiative des Bundespräsidenten unterstützen – Wohnungslosigkeit verhindern

Vorlage: 22/SVV/0824

Fraktion SPD

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Zalfen bringt folgende **neue Fassung des Antrages** ein:

Um Menschen in Potsdam vor drohender oder bereits existierender Wohnungslosigkeit zu bewahren, wird der Oberbürgermeister gebeten, eine Fortschreibung des aus dem Jahr 2013 stammenden Wohnungsnotfallhilfekzeptes zu veranlassen und dabei zu prüfen, inwieweit das Konzept „Housing First“ dabei integriert und umgesetzt werden kann. Das neue Wohnungsnotfallhilfekzept soll bis Oktober 2023 vorliegen.

Herr Jekel (Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) bittet um Verlängerung der Frist für die Vorlage des Konzeptes bis März 2024.

Es erfolgt eine kurze Verständigung zur neuen Fassung der Drucksache.

Frau Dr. Zalfen übernimmt die von Herrn Jekel vorgeschlagene Terminänderung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die so geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Um Menschen in Potsdam vor drohender oder bereits existierender Wohnungslosigkeit zu bewahren, wird der Oberbürgermeister gebeten, eine Fortschreibung des aus dem Jahr 2013 stammenden Wohnungsnotfallhilfekonzeptes zu veranlassen und dabei zu prüfen, inwieweit das Konzept „Housing First“ dabei integriert und umgesetzt werden kann.

Das neue Wohnungsnotfallhilfekonzept soll bis März 2024 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen angenommen.

zu 5.11 Faire und gleiche Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 22/SVV/0980

Fraktion DIE aNDERE

Herr Brödno bringt den Antrag ein.

Frau Meier erklärt, dass sich das Klinikum Ernst von Bergmann an die gesetzlichen Regelungen hält und das Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung umsetzt.

Frau Dr. Zalfen beantragt die **Feststellung der Erledigung des Antrages.**

Herr Adler bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen, 2 Ablehnungen angenommen.

zu 5.12 Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für sozial- und gesundheitsfördernde Maßnahmen in der LHP ab 2024

Vorlage: 22/SVV/1058

Oberbürgermeister, Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
- Vorabberatung -

Frau Hayn (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Sie erklärt, dass die fachliche Prüfung der Förderliste fachbereichsübergreifend durch die Verwaltung erfolgt.

Frau Meier macht deutlich, dass der GSWI-Ausschuss bei den Förderentscheidungen beteiligt wird. Sie betont, dass es nicht um die Projekte geht, die im Jahr 2023 gefördert werden. Diese werden nach der bisher gültigen Richtlinie entschieden. Es geht um die Anträge für das Jahr 2024, für die am 31.03.2023 die Antragsfrist endet. Die nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses findet am 14.02.2023 statt.

Es erfolgt eine kontroverse Diskussion zur Vorlage. Im Ergebnis wird festgehalten, dass zu der vorliegenden Drucksache kein Votum abgegeben wird. Es wird verabredet, dass im Punkt 7.1 geregelt wird, dass eine Beschlussvorlage vorzulegen ist. Auch, dass eine 1. und 2. Lesung möglich ist, sollte verbindlich festgehalten werden.

Die Vorlage soll darüber hinaus dahingehend ergänzt werden, dass ein klares Verfahren geregelt wird, dass der GSWI-Ausschuss hier einen Beschluss fassen soll. Es muss eine verbindliche Rolle des GSWI-Ausschusses in der Richtlinie

festgehalten werden. Des Weiteren muss geklärt werden, welche Unterlagen dem GSWI zur Verfügung gestellt werden sollen.

Abschließend wird vereinbart, dass die Richtlinie entsprechend der Verabredungen überarbeitet und den Fraktionen bis zu den Fraktionssitzungen am 05.12.2022 zur Verfügung gestellt wird, um dann in der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2022 ein Votum abgeben zu können.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bietet Herr Jekel an, die geplante Information über die Hilfsangebote für obdachlose Menschen im Winter 2022/2023 schriftlich als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

zu 7 Sonstiges

Frau Vandre weist darauf hin, dass am 30.11.2022 durch den Hauptausschuss die Richtlinie der LHP zur Förderung von Maßnahmen Kommunaler Pflegepolitik - Pflege vor Ort beschlossen werden soll. Sie bittet um Erläuterung, warum die Richtlinie nicht im GSWI-Ausschuss vorgestellt wird.

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 14. Februar 2023, 18:00 Uhr

**Uwe Adler
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**